

Die soziale Bewältigung der dritten industriellen Revolution : die Genossenschaftsidee wird wieder aktuell

Autor(en): **Otten, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 3

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Genossenschaftsidee wird wieder aktuell

Von Dieter Otten

Es gehört derzeit zur politischen Rhetorik der Sozialdemokratie, die revolutionäre Entwicklung von Mikroelektronik und Biotechnologie nicht verteufeln zu wollen, gleichzeitig aber die soziale Beherrschbarkeit oder auch nur Verträglichkeit ihrer Auswirkungen zu fordern. Man tritt Repräsentanten und Sprechern der SPD, die solches vertreten, wohl nicht zu nahe, wenn man feststellt, dass dies bislang nichts als eine Leerformel geblieben ist. Sie hat ihre Schwäche darin, dass sie die dritte industrielle Revolution im wesentlichen als Steigerung der Produktivität, nicht aber als Richtungsänderung der Produktivkraftentwicklung interpretiert und die Beherrschbarkeit der Auswirkungen von daher nur in der Fortschreibung gewachsener Industriestrukturen begreifen kann.

Die wichtigste Auswirkung der dritten industriellen Revolution dürfte aber gerade in einer folgenreichen Änderung der Entwicklungsrichtung der Produktivkraftentwicklung liegen. Die industrielle Produktion, die wir seit ungefähr 150 Jahren kennen, ist beherrscht vom technischen wie ökonomischen Imperativ: Konzentration, Spezialisierung (Desintegration) und Zentralisierung; Mikroelektronik, künstliche Intelligenz und Biotechnologie stehen dagegen unter dem Imperativ: Dezentralisierung, Komplexität und Universalisierung (Integration). Für die Industrie des 19. und 20. Jahrhunderts bedeutete wirtschaftliche und technische Effi-

zienz zugleich grossbetriebliche Konzentration, bürokratische Zentralisierung und massenhafte Lohnarbeit. Mit der dritten industriellen Revolution erreichen kleine technische und ökonomische Systeme hohe Komplexität, die Effizienz ist nicht mehr an grossbetriebliche Dimensionen gebunden. Der kleine dezentral produzierende, flexibel komplizierte Güter herstellende Betrieb steht daher im Mittelpunkt der dritten industriellen Revolution.

Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung?

Die dritte industrielle Revolution – so weit kann man heute als Soziologe schon prognostizieren – stellt nahezu alle uns selbstverständlichen Gesellschaftsstrukturen in Frage:

1. Die Arbeitsteilung, welche bislang im wesentlichen nach dem Prinzip der vertikalen Versäulung (Herausbildung von Einzelberufen und Tätigkeitsfeldern) organisiert ist, wird mit der dritten industriellen Revolution horizontal vernetzte Züge annehmen. Die Steigerung der Produktivität durch die dritte industrielle Revolution führt dazu, dass die notwendige Arbeitszeit einzelner Produktionsrichtungen so umfassend frei wird, dass der einzelne ein komplexes Netz anderer Arbeitsfunktionen erfüllen kann, um auf diese Weise ein höheres Mass an Diversifikation in der Produktion, im Dienstleistungs-

angebot oder in der eigenen Reproduktion zu erreichen.

2. Mit der dritten industriellen Revolution entstehen ökonomische Formen wieder, die wir – gewöhnt an das Denken in Stadienmodellen – als längst überholt betrachtet haben. So ist eine neue, hochtechnische Heim- und Verlagsindustrie im Entstehen begriffen. Gleichzeitig wird eine Art «Marketing»-Kapitalismus, eine neue Form von hochmodernem Verleger- oder Handelskapitalismus erkennbar, der darauf beruht, dass ehemals industrielle Grossunternehmer ihre Produkte nur noch von Zulieferern herstellen lassen, während sie selbst ihre Weltmarktstellung hauptsächlich zum Vermarkten von Produkten nutzen.

3. Mit wachsender Komplexität und Integration tun sich darüber hinaus Möglichkeiten hochtechnologischer Selbstversorgungswirtschaft auf: Selbst kleinste Betriebseinheiten können sich in Zukunft alle Informationen zur Herstellung jedes beliebigen Produktes durch künstliche Intelligenz, Know-how-Austausch und Telematik beschaffen und jedes Produkt mit flexibler Fabrikationstechnik selbst in kleinster Stückzahl noch wirtschaftlich herstellen.

4. Der Erwerbstypus der Massenlohnarbeit wird damit massiv in Frage gestellt. Kleine dezentralisierte Produktionseinheiten machen den Lohnarbeiter eigentlich überflüssig. Einen ersten Vorgeschmack davon haben wir im 1984er Druckerstreik erlebt, der demonstrierte, dass notfalls auch die Verlegerfamilie eine bestreikte Zeitung produzieren kann. Offen bleibt dabei, welche soziologische Struktur solche kleinen Betriebe annehmen werden, ob wir eine Renaissance des Familienbetriebes erleben oder ein Aufleben kleiner Kollektive. Eine wesentliche Rolle wird z.B. die Bewältigung der strukturellen Arbeitslosigkeit spielen. Es ist angesichts

dessen nicht auszuschließen, dass Lohnarbeit wieder auf das Stadium zurückfällt, das sie vor Beginn der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts hatte: Beschäftigungsform für niedrigste Arbeiten zu sein, für schlecht Ausgebildete oder Arbeitsimmigranten.

Dieter Otten, (1943), ist Professor für Soziologie und Sozialgeschichte an der Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaft. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören die Arbeiten «Das Robotersyndrom» (in: «Zukunft der Arbeit», hrsg. v. Benseler/Heinze/Klönne, Hamburg 1982); «Rochedale Revival oder: Neue Chancen für die redlichen Pioniere der Coöperation» (in: Beschäftigungskrise und Neuverteilung der Arbeit», hrsg. von Heinze/Hombach/Mosdorf, Bonn 1984).

5. Vor allem ist davon auszugehen, dass mit der dritten industriellen Revolution keineswegs automatisch Vollbeschäftigung verbunden ist, so wie wir das für die Industrialisierungsphase vorangegangener Epochen kennengelernt haben. Ohne Betriebsformen mit verändertem Technologieinsatz wird die Automation die menschliche Arbeit in einer Reihe von Sektoren überflüssig machen, ohne neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das sozialstaatliche System kann solche Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht verkraften. In den Poren der High-Tech-Gesellschaft lauert daher neue Massenarmut, Neo-Pauperismus, der die Funktionsfähigkeit keineswegs in Frage stellen muss. Schon heute gibt es genug Zweidrittelgesellschaften auf der Welt, die belegen, dass Massenarmut und massenhafte Desintegration auch eine hochentwickelte moderne Gesellschaft nicht in Fra-

ge stellen müssen (Beispiel USA). In den hochentwickelten Sozialstaaten Westeuropas gibt es solche Massenarmut bislang nicht. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass eine dramatische Zuspitzung hier ausgeschlossen ist. Die Krise des Sozialstaates zeigt gefährliche Risse im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, hinter denen die Konturen einer Zweidrittelgesellschaft lauern.

6. Die neue Technologie unterläuft die bisherigen Formen der Produktionskontrolle (durch Gewerkschaften und Arbeitnehmer) und damit ein wichtiges, wenn nicht gar das zentrale Instrument von Freiheitsabsicherung und Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Auf dem Gebiet der Überwachungsmöglichkeiten stellen die neuen technischen Systeme der Informationsverarbeitung sogar eine ganz neue Dimension der Bedrohung von Freiheit und Freiheitsspielräumen dar, für die es keine gewachsenen Kontrollmöglichkeiten mehr gibt.

7. In diesem drohenden Szenario einer postindustriellen «Informationsgesellschaft» mit Neopauperismus und neuen Qualitäten der Bedrohung der Freiheit werden technologischer und gesellschaftlicher Fortschritt voneinander entkoppelt. Daher droht der Modernisierung massiver Widerstand, der seine Fundamente schon in der gegenwärtigen Anti-AKW-Bewegung, der Ökologiebewegung und der Friedensbewegung hat. Demoskopien konstatieren eine wachsende Techniksepsis in der Bevölkerung, die sehr leicht in Technikfeindlichkeit umschlagen könnte. Dies wiederum könnte den gesamten Modernisierungsschub so sehr schwächen, dass die alten Industriegesellschaften Europas überhaupt den Anschluss an die moderne technische Entwicklung verlieren würden. Für die

hochentwickelten Industriegesellschaften des alten Kontinents stellt sich daher die Frage, ob eine Modernisierung im Sinne der dritten industriellen Revolution ohne Formen sozialer Bewältigung überhaupt denkbar und machbar ist.

Wie lassen sich diese Entwicklungstendenzen sozial bewältigen?

Die soziale Bewältigung der dritten industriellen Revolution kann also wahrlich nicht auf die Umverteilung von Arbeit in den überlieferten Industriestrukturen beschränkt bleiben. Sie muss vielmehr eine Antwort auf Entwicklungstendenzen der Produktivkraftentwicklung geben und die Veränderung der Arbeitsteilung, die Dezentralisierung, den Rückgang der gewerblichen Lohnarbeit mit mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung, mehr sozialer Gerechtigkeit, mit horizontaler Vollbeschäftigung und ökologischen Überlebensperspektiven verbinden. Mit anderen Worten: Die sozialen Bewältigungsformen müssen den technologischen Bedingungen entsprechen, also selbst weitgehend dezentral, horizontal vernetzt und integrativ sein sowie den in Jahrhunderten gewachsenen Werten einer solidarischen Gesellschaft gerecht werden, also demokratisch, kooperativ, freiheitlich, am Erhalt der Lebensräume orientiert und solidarisch sein.

Soziales Experimentierfeld

Seit den 70er Jahren taucht in fast allen Industrieländern des Westens ein in diesem Zusammenhang nun hochinteressantes und aktuelles wirtschaftliches und betriebliches Konzept wieder auf, nämlich der selbstverwaltete, kleine, genossenschaftsartig organisierte Betrieb, die Kooperative, der Kollektivbetrieb, das alternative

Projekt. Alle diese Konzepte haben zunächst nichts mit der Bewältigung der dritten industriellen Revolution zu tun. Im Gegenteil, sie sind eher aus einem betriebsreformistischen Impuls entstanden (Selbstbestimmung bei der Arbeit), nicht selten sogar technologieskeptisch bis -feindlich. Aber dennoch bilden sie so etwas wie ein soziales Experimentierfeld für die hier gesuchten neuen Organisationsformen der zukünftigen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bedeutung liegt darin, dass alternativ-ökonomische Projekte ganz genau genommen eine neue Form des Zusammenbringens der Allokation von Kapital und Arbeit, unter Ausschaltung des Arbeits- und Kapitalmarktes darstellen sowie eine noch weitgehend unerforschte Integration bzw. horizontale Vernetzung der Arbeitsteilung betreiben (insbesondere bei Vollgenossenschaften zu studieren). Das bedeutet: Wir haben es hier mit Betriebskonzepten zu tun, die die Trennung zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Produzenten und Konsumenten aufheben, das Produktionskapital ihres Betriebes selbst durch Einlagen, Spenden, Zuschüsse Dritter und unentgeltlicher Mehrarbeit aufbringen, das Eigentum privat, aber nicht individuell gestalten, Leben und Arbeit kombinieren, Dienstleistungen kollektiv selbst organisieren (und zwar unentgeltlich) und sich in einigen Beispielen auch als Kommunen selbst verwalten.

Das Bindeglied zwischen diesen zum Teil sehr anspruchsvollen Konzeptionen ist einerseits das innerbetriebliche Demokratieprinzip (Entscheidungsstruktur nach dem Prinzip: jedes Mitglied eine Stimme), andererseits eine marktwirtschaftliche Erwerbsorientierung, die zu einer direkten Verifikation oder Falsifikation des ökonomischen Handelns, man könnte auch sa-

gen zu einer unmittelbaren Belohnung oder Bestrafung der Leistung führt.

Die Alternativbewegung der 70er Jahre hat damit ein gesellschaftspolitisches Konzept wieder ins Bewusstsein gehoben, das aufgrund seiner besonderen Merkmale (einerseits dezentral, horizontal vernetzt und integrativ, andererseits demokratisch, kooperativ, freiheitlich und solidarisch eine aus der Tradition der sozialen Bewegung stammende Alternative zu den drohenden neomerkantilistischen Ausprägungen der dritten industriellen Revolution bietet. Die Produktivkraftentwicklung der dritten industriellen Revolution führt dazu, dass solche gesellschaftspolitischen Konzepte nicht länger nur voluntaristische Utopien oder sektiererische Modelle in gesellschaftlichen Nischen bleiben müssen, sondern eine reale Alternative darzustellen vermögen. Die dritte industrielle Revolution liefert also ein massives Produktivkraftargument für das, was bislang nur unter gesellschaftlichen Sonderbedingungen funktioniert hat (Zionismus, Sektenbewegung, Aussteigerkultur der frühen 70er Jahre). Sie setzt auch die klassischen Einwände gegen genossenschaftliche Organisation ausser Kraft, wonach Genossenschaften bisher immer in einen unausweichlichen Konflikt zwischen Demokratie und Effizienz geraten mussten (kleine demokratische Einheit versus effiziente Konzentration). Die Effizienz der Zukunft liegt aber nicht mehr in der Grösse und Konzentration, sondern in der Komplexität und Dezentralisierung, weshalb insbesondere integrative, horizontal vernetzte, gesamtgenossenschaftliche Organisationen, kibbuzartige Kommunen von der Produktivkraftentwicklung favorisiert werden. Es ist sehr wohl denkbar, dass die Idee der sozialen Beherrschbarkeit der dritten in-

dustriellen Revolution überhaupt erst voll in solchen Organisationen zum Tragen kommt, weil sie die grösstmögliche Entwicklungschance für Produktivkraft und Integration bieten.

Politische Aspekte

Neben dem Produktivkraftargument gibt es freilich auch gute politische Gründe für die Bewältigung der dritten industriellen Revolution in Form genossenschaftlicher Einheiten. Denn: Führt die Produktivkraftentwicklung technologisch tatsächlich in dieselbe Richtung wie die Prinzipien einer Genossenschaft, dann bieten sich damit zugleich Chancen für erheblichen gesellschaftlichen Fortschritt auf der Basis neuer Technologien, etwa die Demokratisierung des Wirtschaftslebens, die Aufhebung der Trennung von Kapital und Arbeit, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Leben und Arbeiten. Es bieten sich Chancen für neue Widerstandsformen gegen neomerkantilistische Ausbeutung und elektronischen Überwachungsstaat. Es ergeben sich damit Chancen, die Krise des Sozialstaats durch Selbstorganisation sozialer Leistungen zu lösen, ohne dass sie damit schon privatisiert, entprofessionalisiert oder in den Schoss der Familie zurückverlagert werden müssen. Es werden sogar Chancen neuer Demokratisierung durch Selbstorganisation auf der untersten Ebene von Politik und Verwaltung deutlich, die die beklagenswerte Überbürokratisierung und -professionalisierung unserer Demokratie aufzuheben vermögen. Im (Voll-)Genossenschaftsgedanken wird also ein umfassendes Politikkonzept deutlich, das auf die Herausforderung der dritten industriellen Revolution mit einem basisdemokratischen (Selbstverwaltung) und sozialistischen (genossenschaftliches Eigen-

tum) Modell antwortet, das zugleich freiheitlich (Selbstorganisation) und effizient (marktwirtschaftlich) ist. Der demokratische Sozialismus erhielt damit einen neuen Inhalt, der über das Sozialstaatsmodell der gegenwärtigen Industriegesellschaft hinausweist.

Es spricht vieles dafür, dass der demokratische Sozialismus ohne ein Projekt zur Bewältigung der dritten industriellen Revolution selbst wenig Zukunft haben wird und mit der altindustriellen Gesellschaft ebenso zur Bedeutungslosigkeit verdammt sein könnte wie das klassische Proletariat, die funktionalistische Stadt oder die bürokratische Grossorganisation – auch wenn diese Formen nicht alle verschwinden werden. Denn die dritte industrielle Revolution wird ebenso wie die des 19. Jahrhunderts neue Produktionsformen neben traditionelle stellen, so dass ein genossenschaftlich-selbstverwalteter Sozialismus von vornherein darauf abgestellt sein muss, grundsätzlich ökonomischen und sozialen Pluralismus zu schaffen. Die Bewältigung der dritten industriellen Revolution durch genossenschaftlich-selbstverwalteten Sozialismus ist also mehr als nur soziale Bewältigung oder Verträglichmachung der dritten industriellen Revolution. Ein solches Projekt ist womöglich selbst der Anfang einer historischen Neubestimmung der immer inhaltsleerer werdenden politischen Hülle «Sozialismus».

Hat der Selbstverwaltungssozialismus überhaupt eine soziale Basis?

Jede Sozialismuskonzeption muss sich allerdings nach ihrer Realisierbarkeit wie nach ihrer sozialen Basis fragen lassen. Diese lässt sich bei der genossenschaftlichen Konzeption leicht ausfindig machen: Genossenschaften sind Selbsthilfe- bzw.

Selbstorganisationskonzepte und beruhen allein auf dem freiwilligen Zusammenschluss der Interessenten. Sie setzen keinen neuen Menschen voraus, sondern nur die Einsicht der Betroffenen, dass sie ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen in der Form des genossenschaftlichen Zusammenschlusses besser realisieren können als in jeder anderen Organisationsform. Darum ist die Frage nach der sozialen Basis dieses Sozialismuskonzeptes keine theoretische Klassenfrage, sondern eine Frage nach einem verifizierbaren Interessentenkreis. Und der dürfte sich aus folgenden Gruppen zusammensetzen:

1. Aus Belegschaften von Stilllegung bedrohter Betriebe, die sich entschliessen, ihren Betrieb in Selbstverwaltung weiterzuführen; aus Belegschaften, die die Produktion von Rüstungs- oder ökologisch gefährlichen Gütern ablehnen und die gewillt sind, eine Konversion der Produktionsziele ihres Betriebes auch gegen die Betriebsleitung durchzusetzen;
2. aus dem zunehmenden Reservoir von Frauen, die vor der Alternative stehen, auf der Basis individueller Werkverträge Computerheimarbeit zu machen oder sich kollektiv zusammenzuschliessen; aus hochqualifizierten Dienstleistungsberufen und Akademikern ohne berufliche Perspektive im System der Lohnarbeit; aus grossen Teilen der Ökologiebewegung, die nach einem Weg suchen, ökologische Forderungen und gesellschaftliche Reformkonzepte mit technologischer Entwicklung in Einklang zu bringen (übrigens nicht nur ein Teil der Grünen, sondern auch der sozialdemokratischen Basis);
3. aus den mit der modernen Technologie immer unbeschwerter und unkomplizierter aufwachsenden Generationen, denen Datenverarbeitung und Computertechnik von der Hand

gehen wie ihren Eltern und Grosseltern die alten Kulturtechniken; und schliesslich

4. aus allen jenen, die das Wagnis einer neuen Existenz einzugehen bereit sind, um der betrieblichen Demokratie und der Verfolgung neuer Lebensformen oder neuer, besserer ökologischer Produkte willen.

Ob ein solcher Personenkreis allerdings tatsächlich zu solchen Aktionsformen greift, ob aus der Chance also Realität werden kann, das hängt – angesichts der technologischen und soziologischen Machbarkeit – ganz wesentlich von politischen Vorgaben ab. Zum Beispiel davon, wie die potentielle soziale Basis für das Konzept eines neuen Projektes des demokratischen Sozialismus gewonnen werden kann (für das Sozialstaatskonzept musste die objektiv gegebene soziale Basis auch erst gewonnen werden). Oder z.B. davon, ob es gelingt, einen Rahmen gesetzlicher und staatlicher Regelungen zu schaffen, die aus genossenschaftlichen Projekten eine lohnende und zugleich praktikable Alternative zur Lohnarbeit werden lassen. Dafür müssen funktionierende Beispiele gesetzt werden. Es reicht nicht aus, auf ausländische Erfahrungen zurückzugreifen, so wichtig sie auch sind. Wir brauchen eigene Pilotprojekte für die technologische und gesellschaftliche Innovation bei der Bewältigung der dritten industriellen Revolution. Dazu bedarf es eines institutionellen Rahmens, der konkret Projekte aufbauen, gesellschaftliche Experimentierfälle explorieren, Initiativen ins Leben rufen, Initiativgruppen gründen, Innovationsförderung im konsultativen wie im finanziellen Bereich betreiben, Erfahrungen austauschen und konkrete Beratung von der Firmen-gründung bis hin zum Marketing machen kann. Denn der in Frage kommende Personenkreis verfügt weder über Kapital noch

über Erfahrung in der Führung eines kollektiven Betriebes. Gerade die, die am ehesten bereit sind, ein solches sozialpolitisches Wagnis einzugehen, haben das grösste Beratungsdefizit.

Neuer Aufbruch

Die politischen Voraussetzungen einer solchen Rahmgestaltung sind in der SPD zumindest gegeben. Immerhin hat der Bundesparteitag 1984 beschlossen, den Genossenschaftsgedanken als alternative Wirtschaftsform zu fördern, die Gründung von Produktiv-, Konsum- und

Dienstleistungsgenossenschaften zu unterstützen und eine Studienberatungsgesellschaft für Genossenschaften zu initiieren.

Die Einrichtung einer Förderungs-, Finanzierungs- und Beratungsinstitution mit dem Charakter einer gesetzlichen Stiftung wäre ein reformpolitisches Signal allererster Ordnung – zumindest dann, wenn es gelänge, dieses Konzept nicht als kundenbezogene Sozialpolitik zu begreifen, sondern als eine politische Zukunftsinvestition, die das zukünftige Aussehen der dritten industriellen Revolution

ebenso entscheiden könnte wie die Zukunft des demokratischen Sozialismus. Angesichts der gigantischen Veränderungen unserer altindustriellen Gesellschaft bietet sich für die sozialistische Bewegung eine dem Aufbruch vor 130 Jahren vergleichbare Chance. Es geht um die Frage, ob der Sozialismus eine Antwort auf die Herausforderungen der dritten industriellen Revolution findet. Gelingt ihm dies, gestaltet er die Zukunft. Gelingt es ihm nicht, wird er mit der alten Gesellschaftsformation wahrscheinlich verschwinden.

Arbeit und soziale Sicherung in der Krise

Himmel und Hölle nebeneinander

Wolfgang Roth zur Sozialverträglichkeit neuer Technologien

Wolfgang Roth, Jahrgang 1941, SPD-MdB, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Vorsitzender der Wirtschaftspolitischen Kommission.

Die SPD ist keine Partei der Maschinenstürmer. Wir setzen uns für den technischen Wandel, oder wie es früher hiess, den technischen Fortschritt, aber nicht um seiner selber willen, ein, sondern damit das Leben und die Arbeit leichter und menschlicher wird. Natürlich haben vom Produktivitätsfortschritt beim Einsatz neuer Technologien auch die Arbeiter profitiert: zum grösseren Teil bestand der Gewinn in höheren Einkommen, zum anderen Teil in Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit, in einer Verlängerung des Urlaubs und der Vorverlegung des Rentenalters. Es

gab auch andere Chancen aufgrund dieser Entwicklung, zum Beispiel die Eröffnung neuer Bildungschancen. Die Orientierung der technologischen Entwicklung auch am ökonomischen Ziel der Produktivitätssteigerung wurde und wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Sie war vor allem Quelle zur Überwindung der Massenarmut.

Unsere Kritik, wie auch die der Gewerkschaften, richtet sich jedoch gegen die Ideologisierung der neuen Technologien und gegen die Priorität des privatwirtschaftlichen Rentabilitätsinteresses oder die Priorität Wettbewerbsfähigkeit. Mir scheint, bei dieser Einstellung werden ganze Gesellschaften zum Objekt ideologierter technoökonomischer Entwicklung, statt dass überhaupt Sinn und Folgen des technischen Wandels kontrolliert werden. Übrigens ist ebenso erstaunlich wie in sich widersprüchlich, dass diejenigen in unserer Gesellschaft, die am lei-

denschaftlichsten für einen forschenden technischen Wandel eintreten, gleichzeitig am heftigsten gegen die Arbeitszeitverkürzung auftreten.

Wir wissen manches noch nicht über die Folgen des technischen Wandels, aber eines wissen wir sicher, dass seit Mitte der sechziger Jahre der technische Wandel bewirkt hat, dass der Zuwachs der Produktivität höher ist, als der Zuwachs des Sozialprodukts. Wenn das aber so ist – und nur naive Wachstumsgläubige träumen von einer Umkehrung dieses Prozesses –, dann ist Arbeitszeitverkürzung die logische Antwort. Ich finde, wer im Grundsatz ja sagt zum technischen Wandel, kann nicht nein sagen zur Arbeitszeitverkürzung, insbesondere zur Wochenarbeitszeitverkürzung.

Die zweite Front in der Debatte über die Entwicklung, Einführung und Ausbreitung neuer Technologien ist in den fälsch-